

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Erscheint jeden Wochentag nachmittags — Fernspr. Nr. 11.  
Postfachkonto Leipzig 23 484. — Gemeindegeldkonto 14. —  
Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal — Darmstädter und Nationalbank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal. — Unverlangt eingeanderte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einwendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

## und Anzeiger

Bei Klagen, Konturken, Vergleichen usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungs-Einrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Süttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hernsdorf, Bernsdorf, Röseldorf, Vangenberg, Weinsdorf, Falken, Vangenschurzdorf, Reichenbach, Callenberg, Grumbach, Eirschheim, Ruchschappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Gräna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erbach, Pleiße und Ruchdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften behördlicherseits bestimmte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Nr. 46

Der Raum des Millimeters der einhaltigen Anzeigen-seite kostet 6 Pfg., der einhaltigen Anzeigen-seite 12 Pfg. Für den Nachweis werden 25 Goldpfennige berechnet.

Donnerstag, den 23. Februar 1928

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldpfennige einschließlich Frachtkosten.

78. Jahrg.

### Up ewig ungedeckt

Von unserem Berliner Vertreter  
Berlin, 23. Februar

Von bestunterrichteter Seite erfahren wir, daß die Regierungserklärung am Montag, die der Vizekanzler Hergt in Vertretung des erkrankten Reichskanzlers im Reichstag abgegeben wird, erneut den festen Willen der Reichsregierung zum Ausdruck bringen soll, so lange sie noch im Amte ist, nach besten Kräften den Interessen des Volkes zu dienen. Nach dieser Einleitung wird dann offiziell die Einbringung des Notprogrammes mitgeteilt werden, das ja inzwischen bereits zum Reichsrat zugelassen ist.

Dieses Notprogramm stellt ein unteilbares Ganzes dar, von dem in Regierungskreisen selbst das Wort „Up ewig ungedeckt“ geprägt wurde. Es wird allerdings nicht angegeben, das Notprogramm, wie zuerst beabsichtigt war, in einem Mantelgesetz zusammenzufassen, da es sich bei den einzelnen Punkten dieses Programms zum guten Teil nicht um Gesetze, sondern um Verordnungen handelt. So kann beispielsweise die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents nur im Verordnungswege durchgeführt werden. Es soll aber von vornherein zum Ausdruck gebracht werden, daß das Notprogramm ein bloc angenommen werden muß.

Wie das erreicht werden soll, ist freilich eine andere Frage. Es besteht keine staatsrechtliche Möglichkeit, sich hierfür eine unbedingte Sicherheit zu schaffen. Die Gesetze, aus denen das Notprogramm besteht, müssen doch im Reichstag einzeln und nacheinander zur Abstimmung gebracht werden. Es ist nun theoretisch möglich, wenn gleich das erste Gesetz keine Mehrheit findet, zu erklären: „Dann verzichten wir auf die Durchführung des Programms und ziehen die übrigen Gesetze zurück.“

Nun ist natürlich möglich, vorher mit den Fraktionsführern der bisherigen Regierungsparteien Rücksprache zu nehmen, um sich wenigstens einen gewissen Rückhalt zu verschaffen. Diese Sicherheit ist aber durchaus keine unbedingte, da die Koalition ja bereits offiziell gelündigt ist und nur noch eine lose „Arbeitsgemeinschaft“ besteht. Schon hat das Zentrum beispielsweise wissen lassen, daß es Wert darauf legt, bei Durchführung des Notprogramms auch mit den bisherigen Oppositionsparteien zusammen zu arbeiten. Die Opposition dürfte aber für die Hilfsaktion für die Landwirtschaft zumindest in dem geplanten Umfang kaum zu haben sein, so daß schon hier sehr ernste Schwierigkeiten entstehen würden. Diese können auch dadurch zu stande kommen, daß einzelne Abgeordnete der bisherigen Regierungsparteien, die eine sofortige Auflösung wünschen — und solche gibt es beim Zentrum wie bei den Deutschnationalen garnicht so wenig — versuchen werden, durch Fehlen bei den entscheidenden Abstimmungen die Regierung in die Minderheit zu bringen, und sie so zum sofortigen Rücktritt zu zwingen.

Die Regierung wird in ihrer Erklärung wohl keinen Zweifel daran lassen, daß sie sofort die Konsequenzen ziehen würde, wenn ein Gesetz des Notprogramms keine Mehrheit findet. Da das Kabinett ja sowieso zurzeit nur eine Art Uebergangsregierung bildet, ist es fraglich, ob diese Drohung die gewünschte Wirkung haben wird. Alle die, die sofortige Auflösung wünschen, könnten in ihr erst recht einen Ansporn erblicken, die Regierung bei einer Abstimmung in die Minderheit zu bringen und sie so zum Rücktritt zu zwingen. „Up ewig ungedeckt“ ist ein stolzes Wort. Es wird sich zeigen, ob dieses Rezept durchgeführt werden kann.

### Reichsrat und Notprogramm

Berlin, 23. Februar

Vizekanzler Hergt wird heute im Reichsrat eine Erklärung über das Arbeits-

### Das afghanische Königspaar in Berlin

\* Wir konnten bereits gestern ausführlich über den Einzug des Königs Amanullah berichten und brauchen darum heute nur noch die Ereignisse des Nachmittags und Abends nachzutragen, worüber uns der Draht folgendes mitteilt:

#### Der Gegenbesuch beim Reichspräsidenten

Berlin, 22. Februar.

Um 3 1/2 Uhr nachmittags stattete der König von Afghanistan dem Reichspräsidenten in seinem Palais einen Gegenbesuch ab. Bei der Ankunft wurden dem König durch eine im Vorhofe des Hauses des Reichspräsidenten aufgestellte Ehrenkompanie militärische Ehren erwiesen, während die Musik die afghanische Nationalhymne spielte. Reichspräsident von Hindenburg begrüßte gemeinsam mit seiner Schwiegertochter, Frau von Hindenburg, in der Vorhalle des Hauses den König, der von seinem Gefolge und dem deutschen Ehrendienst begleitet war, und geleitete ihn in den Gartenhof, wo die Umgebung des Reichspräsidenten, der Staatssekretär im auswärtigen Amt und der Chef des Protokolls Aufstellung genommen hatten. Nach beiderseitiger Vorstellung der Begleitung führte der Reichspräsident den König in sein Arbeitszimmer und verweilte hier mit ihm in längerer Unterhaltung. Gegen 4 1/2 Uhr verabschiedete sich der König, vom Reichspräsidenten wieder bis an die Schwelle des Hauses begleitet; die Ehrenkompanie erwies dieselben Ehrenbezeugungen mit bei der Abfahrt. Ein zahlreiches Publikum begrüßte den König bei der Ankunft wie bei der Abfahrt in herzlichster Weise.

Anschließend fuhr der Stellvertreter des Reichskanzlers Hergt, in das Palais Prinz Albrecht, um an Stelle des erkrankten Reichskanzlers dem Königspaar einen Besuch abzustatten. Eggenberg Hergt wurde in herzlichster Weise vom König empfangen, der sich angelegentlich nach dem Befinden des Reichskanzlers erkundigte und die besten Wünsche für seine baldige Genesung aussprach. Zugleich gab der König seiner besonderen Freude über den überaus freundlichen Empfang durch die Reichsregierung und die Berliner Bevölkerung Ausdruck.

Um 5 Uhr empfing der König das diplomatische Korps unter Führung des Doyens Runtius Pacelli.

#### Der Japanstreich

Am 8.30 Uhr fand sich das afghanische Königspaar zum Dinner im Palais des Reichspräsidenten ein.

Kurz nach 10 Uhr betraten die königlichen Gäste zusammen mit dem Reichspräsidenten, der in großer Generalsuniform erschien, den Balkon des festlich geschmückten Präsidentenpalais. Gleichzeitig bogen aus der Hofstraße die Kapellen, auf beiden Seiten von Fackelträgern begleitet, in die Wilhelmstraße ein und nahmen vor dem Palais Aufstellung. Professor Sadenberger ließ mit seinen 12 Kapellen die gesamte deutsche Militärmusik in Musik, potpourriartig, Revue passieren.

Der König dankte der Musik durch Abnahme seines Iqbalos. Der eigentliche Japanstreich mit Gebet folgte. Die afghanische Nationalhymne schloß sich an. Der König salutierte. Den Schluß bildete das begeistert aufgenommene Deutschlandlied. Auch der Reichspräsident entblökte, entgegen der militärischen

Gepflogenheit dem Beispiel des Afghanen-Königs folgend, dabei sein Haupt.

#### Hergts Gespräch mit König Amanullah

Die „Tägliche Rundschau“ teilt mit: Wir wir hören, hat die Unterredung, die Vizekanzler Hergt bei seinem gestrigen Empfang mit dem König Amanullah geführt hat, einen politischen Charakter getragen.

König Amanullah hat dem Vertreter der Regierung für den warmen Empfang der Bevölkerung gedankt.

Darauf hat Vizekanzler Hergt erwidert, die Begrüßung sei gewiß herzlich gewesen, sie wäre aber noch herzlicher ausgefallen, wenn das deutsche Volk nicht noch immer in Trauerstimmung über den verlorenen Krieg und das darauf folgende Elend sei. Innerlich aber sei die Freude des deutschen Volkes über den Besuch des Königs Amanullah nur umso größer, denn man sei davon durchdrungen, daß der König von Afghanistan dem deutschen Volke immer seine Sympathien bewiesen habe, und daß Afghanistan und Deutschland von dem gleichen Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit beseelt seien. Der König war von diesen Worten sichtlich bewegt.

#### Der Sozialdemokrat Braun als Jagdveranstalter

Was unter dem alten Regime nicht möglich war, hat jetzt die republikanische Preussische Regierung in Szene gesetzt: Der Wildpark, dieser herrliche Wald bei Potsdam, wird nach einer amtlichen Bekanntmachung in der Zeit vom 23. Februar bis zum 1. März für jeglichen Verkehr gesperrt sein. Grund: Der Sozialdemokrat Braun, preussischer Ministerpräsident, will sich die Ehre geben, den König Amanullah Khan zur Jagd einzuladen. An sich wird man nichts dagegen haben, wenn auch die Preussische Regierung dem König den Aufenthalt in Deutschland so angenehm wie möglich zu machen sucht. Aber man scheint die Sitten und Gebräuche einer Hofjagd dem Simplizissimus entnommen zu haben. Das Wild soll nämlich „zäh gemacht“ werden, und man ist schon seit Wochen riesig am Werke, die Hirsche mit Rüben zu füttern, um sie dorthin zu gewöhnen, wo der König sie abschließen soll. Ob es demnach dem König, der manchen Panther und Bären erlegt hat, besonderen Spaß machen wird, als „Schleifer“ zu fungieren, muß fraglich erscheinen. Der Leidtragende ist aber das Publikum, dem auf eine Woche der Besuch des Wildparkes gesperrt werden soll, weil man eine Art Hoffjagd veranstalten zu müssen glaubt, die ein demokratisches Blatt als groben Anflug und Geschmacklosigkeit kennzeichnet — allerdings ohne zu ahnen, daß hier Herr Braun den Jagdherrn spielt.

#### Löbe und die Betriebsräte

In zwei linksradikalen Betriebsräteversammlungen in Berlin wurden nach stürmischen Debatten Resolutionen gegen den Reichstagspräsidenten Löbe angenommen. Die Resolutionen verurteilen schärfstens die Teilnahme Löbes an den Feierlichkeiten zu Ehren des Königs von Afghanistan. Diese Einladung sei ein Hohn auf das republikanische Bekenntnis der Sozialdemokratie.

Wir befürchten, daß sich Herr Löbe, der sich in letzter Zeit recht schön nach rechts gemauert hat, aus den Beschlüssen der Betriebsräte wenig machen wird.

notprogramm der Regierung und die Verhandlungen im Reichskabinett abgeben. Diese sind noch nicht völlig abgeschlossen. Sicher ist es aber, daß das Arbeitsnotprogramm in seiner Gesamtheit als unteilbares

Ganzes hingestellt werden, und daß es in der Mantelvereinbarung auch einen Paragraphen enthalten wird, daß die Gesetze nur in ihrer Gesamtheit in Kraft treten können. Beim Etat des Reichsernährungsministeriums

wird den Parteien im Reichstag Gelegenheit gegeben sein, sich ausführlich zu den Notmaßnahmen zu äußern, die für die Landwirtschaft vorgezeichnet sind und zum Teil im Verordnungswege durchgeführt werden.

### Wiederaufnahme der Arbeit in der mitteldeutschen Metallindustrie

Halle, 22. Februar

Die Funktionäre der Metallarbeiter haben mit 52 gegen 4 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit für Freitag beschlossen.

In der angenommenen Entschließung wird kurz auf den Werdegang der Lohnbewegung Bezug genommen und festgestellt, daß die Linie, die durch den Schiedspruch der nordwestlichen Gruppe (2 Pfennig Zulage) bezeichnet wurde, durch den mitteldeutschen Schiedspruch, der 3 Pfennig Zulage, und durch den vom Reichsarbeitsminister gefällten, der 5 Pfennig Erhöhung vorsieht, durchbrochen ist und damit zweifellos ein Erfolg verzeichnet werden kann.

Weiter heißt es: Lediglich auf Grund des Machtpruches des Reichsarbeitsministers wird die Bewegung abgebrochen und daß die Front am Ende der Bewegung noch so fest am Anfang ist, ist der beste Beweis dafür, daß noch Kraft vorhanden war, den Kampf weiter zu führen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter daraus die Lehre ziehen sollen, daß sie bei den kommenden Wahlen für die Aenderung der politischen Machtverhältnisse Sorge tragen müssen, damit man nicht wieder wie jetzt bei einem solchen glänzenden Kampfe uns in der Arm fallen könne.

Es werden nun an den verschiedenen Orten Verhandlungen zwischen den örtlichen Verwaltungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wegen der Wiederaufnahme der Arbeit stattfinden.

### Die deutschen Anregungen in Genf

Simons zweite Rede

Genf, 22. Februar

Im Sicherheitskomitee dankte heute nachmittag Staatssekretär a. D. von Simon für die Beachtung, die die deutschen Vorschläge in der allgemeinen Aussprache, insbesondere heute durch die Vertreter Schwedens, Finnlands und Chiles gefunden haben. Wenn Paul Boncour gestanden erklärt habe, daß Maßnahmen, wie sie der deutsche Delegierte vorschlug, bereits früher im Ratkomitee geprüft und dessen Schlussfolgerungen durch den Rat genehmigt worden seien, so müsse er doch, wie das bereits heute vormittag der schwedische Delegierte festgestellt habe, erklären, daß die deutschen Anregungen neue Elemente enthalten und ganz bestimmte Verpflichtungen vorsehen, während aus dem Bericht des Ratkomitees keine rechtlichen Verpflichtungen entstehen.

Zur Präzisierung seiner Anregungen verlas er dann folgende Formulierung der deutschen Anregungen:

Im Interesse der Kriegsverhütung könnten vom Sicherheitskomitee folgende Möglichkeiten einer Prüfung unterzogen werden:

1. Für den Fall, daß der Rat mit einer konkreten Streitfrage befaßt ist, könnten die Staaten im voraus die Verpflichtung übernehmen, vorläufige Empfehlungen des Rates anzunehmen und zur Ausführung zu bringen, die zum Zwecke haben,